

EDITORIAL



**LIEBE LESERINNEN,  
LIEBE LESER,**

unser Land befindet sich mitten im Wandel. Zum einen wandelt sich das Klima, was wir alle selbst spüren und erleben. Zum anderen wollen wir Niedersachsen bis 2040 CO<sub>2</sub>-neutral umgestalten, damit auch unsere Kinder und Enkelkinder gut leben können. So haben wir es im neuen Klimagesetz vereinbart.

Dieses Ziel bedeutet eine enorme Kraftanstrengung. Es wird auch vielen Bürgerinnen und Bürgern einen Beitrag abverlangen. Mit der Brechstange oder einseitigen Verpflichtungen wird uns der Schutz des Klimas aber nicht gelingen.

Stattdessen wollen wir die Menschen von den notwendigen Maßnahmen überzeugen. Niemand darf überfordert oder zurückgelassen werden, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität dürfen nicht leiden. Darum haben wir im Klimagesetz einen sozialen Ausgleich festgeschrieben.

So geht sozialdemokratischer Klimaschutz: ambitioniert, fair und solidarisch.

Ihr Fraktionsvorsitzender

Grant Hendrik Tonne

## KLIMAGESETZ EINGEBRACHT

Niedersachsen CO<sub>2</sub>-neutral und zukunftsfest gestalten

Von Daniel Voigt

**D**er Klimawandel und seine Auswirkungen sind auch in Niedersachsen immer deutlicher spürbar. Damit sich unser Land schon heute auf die Folgen der Erwärmung einstellt, hat die SPD-Landtagsfraktion gemeinsam mit dem grünen Koalitionspartner im Juni-Plenum eine Novelle des Niedersächsischen Klimagesetzes eingebracht.

»Wir werden Niedersachsen bis 2040 klimaneutral machen, also bereits fünf Jahre früher, als bislang geplant. Der Schlüssel liegt vor allem im Energiesektor. Nur wenn wir schnellstmöglich den vollständigen Umstieg auf die Erneuerbaren schaffen, gelingt die Transformation zum CO<sub>2</sub>-neutralen Leben und Wirtschaften«, erklärt Grant Hendrik Tonne, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. »Die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren soll den Ausbau vorantreiben.«

Bis 2026 sollen mindestens 2,2 Prozent der Landesflächen als Vorranggebiete für Windräder ausgewiesen werden. Zudem sind Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer ab 2025 auch bei grundlegenden Dachsanierungen verpflichtet, Photovoltaikanlagen zu installieren. Bislang galt diese Vorschrift nur für Neubauten. Die Regelung wird praxisorientiert umgesetzt und sieht Ausnahmen bei Unwirtschaftlichkeit oder sozialen Härtefällen vor.

»Damit unser Land dieses ambitionierte Ziel erreicht, braucht es die Unterstützung der gesamten Gesellschaft. Wir wollen die Menschen mitnehmen, nie-



mand darf von den notwendigen Maßnahmen überfordert werden«, so Tonne. »Daher haben wir im Gesetzentwurf sozial verträgliche Regelungen festgeschrieben.«

Als Folge der Klimaerwärmung muss sich Niedersachsen auch auf die zunehmenden Dürren einstellen. »Entscheidend ist dabei der Umgang mit der wertvollen Ressource Wasser«, betont Gerd Hujahn, wasserpolitischer Sprecher der

SPD-Landtagsfraktion: »Ausbleibender Regen und dadurch steigende Entnahmemengen lassen den Grundwasserspiegel vielerorts sinken. Mit unserem Antrag wollen wir die europäische Wasserrahmenrichtlinie in Niedersachsen konsequent umsetzen sowie die niedersächsischen Kommunen und die Landwirtschaft unterstützen, vor Ort nachhaltige Konzepte zum integrierten Wassermanagement zu entwickeln.« ■

## KLEINERE UND MITTELSTÄNDISCHE UNTERNEHMEN BEI DER DIGITALISIERUNG UNTERSTÜTZEN

Die Digitalisierung ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft. Mit einem gemeinsamen Antrag wollen SPD und Grüne im Niedersächsischen Landtag vor allem kleine und mittelständische Unternehmen fördern und zukunftsfest aufstellen. »Damit nicht nur Großunternehmen von Innovation und digitalen Prozes-

sen profitieren, wollen wir die Digitalagentur Niedersachsen zur Serviceagentur weiterentwickeln«, erklärt Jan-Philipp Beck, digitalpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. »Zukünftig sollen Digitallotsen Unternehmen gezielt unterstützen, beispielsweise bei der Suche nach Fördermöglichkeiten.«

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen sich aktuell und in Zukunft immer neuen Herausforderungen stellen. Daher wollen die Regierungsfractionen die berufliche Aus- und Weiterbildung stärken und Arbeitnehmenden bei der Digitalisierung zur Seite stehen. Der Grundsatz der Guten Arbeit muss auch im digitalen Zeitalter gelten. ■

## 75 JAHRE ISRAEL – JÜDISCHES LEBEN IN NIEDERSACHSEN SCHÜTZEN

Mit der Gründung des Staates Israel am 14. Mai 1948 erhielt das jüdische Volk nach dem Grauen der Shoah nicht nur eine geografische, sondern auch eine innere Heimat und das Versprechen auf eine Zukunft in Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit und Frieden. Mit einem im Juni-Plenum verabschiedeten Entschließungsantrag haben sich die drei demokratischen Fraktionen im Niedersächsischen Landtag zu diesem Versprechen bekannt.

»Das uneingeschränkte Existenzrecht Israels ist und bleibt ein bedeutender Teil deutscher Staatsräson«, erklärt Hanna Naber, Mitglied der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, und betont: »Die Sicherheit Israels ist für uns niemals verhandelbar.«

»Es ist ein Geschenk der Geschichte, dass unsere beiden Länder heute in Freundschaft verbunden sind. Wir verurteilen jede Delegitimierung des Staates Israel, wie beispielsweise die teilweise offen antisemitische, sogenannte BDS-Kampagne«, so Naber. »Ebenso sind wir



### IMPRESSUM

**Herausgeber:** SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag  
**Verantwortlich:** Lars Drebold, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen  
**Mitarbeiter an dieser Ausgabe:** Eva Güntzel, Alina Finke, Daniel Voigt  
**Redaktionsschluss:** 6. Juli 2023  
**Redaktion:** Daniel Voigt, daniel.voigt@lt.niedersachsen.de  
**Anschrift:** Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover  
 spd-fraktion-niedersachsen.de  
**Layout & Satz:** Anette Gilke

dankbar, dass Jüdinnen und Juden heute wieder ein integraler Bestandteil der niedersächsischen Gesellschaft sind.«

Mit dem Entschließungsantrag beziehen die Fraktionen auch Stellung gegen jede Form von Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens in Deutschland. Jüdinnen und Juden trauen sich oft nicht, ihren Glauben offen zu leben. Immer wieder werden sie beschimpft oder körperlich angegriffen. »Der Landtag

steht zu seinem Versprechen, antijüdischen Ressentiments konsequent zu begegnen und jüdisches Leben in Niedersachsen zu schützen. Die hervorragende Arbeit des Landesbeauftragten gegen Antisemitismus, zahlreiche Projekte der Landesregierung zur Förderung jüdischen Lebens in Niedersachsen sowie unsere starke Zivilgesellschaft leisten hierzu einen großen Beitrag«, betont die SPD-Landtagsabgeordnete. ■